



(v.l.n.r) Philippe Lorre (AGATHE), Niko Alm (Giordano-Bruno-Stiftung), Bundespräsident Heinz Fischer, Heinz Oberhummer (Vorsitzender der Zentralrates der Konfessionsfreien)

ERKLÄRUNG DER KONFESSIONSFREIEN

Sehr geehrter Herr Bundespräsident,

Wir kommen heute zu Ihnen, weil wir Anliegen haben, die unsere Grundrechte betreffen. Wir kommen in der Hoffnung, dass Sie Verständnis für diese Anliegen haben werden. Und auch in der Hoffnung, dass jene Rechte, die uns zustehen, uns – wie auch vielen anderen – auch gewährt werden.

Fundament der Demokratie: das Prinzip der Egalität

Das Prinzip der Egalität ist das Fundament der Demokratie. Dieses Prinzip ist die Garantie, dass die Menschen- und Grundrechte für alle identisch sind. Es garantiert, dass das Mehrheitsprinzip überall dort ausgeschaltet wird, wo es nicht gelten kann und darf.

Die Demokratie ist, zusammen mit den Menschen- und Grundrechten:

- ein Schutzsystem für die individuellen Freiheiten
- und ein Schutzsystem für alle Minderheiten und vermeintlichen Minderheiten.

Sie selbst haben am 8. Juli 2010 in Ihrer Angelobungsrede an die Aufklärung und den Gedanken der Gleichwertigkeit aller Menschen erinnert, und haben den Artikel 1 der Allgemeinen Erklärung der Menschenrechte zitiert: Alle Menschen sind frei und gleich an Würde und Rechten geboren.

Verpflichtung des Staates zur absoluten und bedingungslosen Neutralität

Die Wahrung der Egalität zwischen den Bürgern bedingt aber die Verpflichtung des Staates zur absoluten und bedingungslosen Neutralität. Denn ohne Egalität – ohne rechtliche Egalität – kann es keine Freiheit geben.

Um diese Egalität garantieren zu können, ist es notwendig das Mehrheitsprinzip in gewissen Bereichen auszuschalten. Diese sind in unseren Grundtexten wie die Europäische Menschenrechtskonvention ganz eindeutig definiert. Es sind u.a. die Kriterien Geschlecht, Rasse, Hautfarbe, nationale oder ethnische Herkunft, Religion oder Weltanschauung.

Dies ist der Grund, warum der österreichische Staat kein Geschlecht anerkennt und privilegiert, warum er ebenfalls keine Rasse – auch keine Hautfarbe – anerkennt und privilegiert.

Tatsache ist aber...

Tatsache ist aber, dass der österreichische Staat gewisse Weltanschauungen – in dem Fall ausschließlich Religionen – anerkennt, dass er diesen Religionen exorbitante Privilegien gewährt und dass diese Anerkennung und diese

Privilegien die Quelle von Diskriminierungen sind – Diskriminierungen, die etwa zwei Millionen Bürger »ohne religiöses Bekenntnis« – also Konfessionsfreie – betreffen.

Tatsache ist, dass es eine Hierarchie der Rechte gibt, dort wo es keine Hierarchie geben darf. Tatsache ist, dass der österreichische Staat dadurch seine Verpflichtung zur bedingungslosen Neutralität in erheblichem und unerträglichem Maße verletzt.

Ist denn ein Katholik, ein Protestant oder ein Moslem ein besserer Mensch als ein Agnostiker oder ein Atheist? Sind religionsgebundene Menschen ihren konfessionsfreien Mitmenschen in irgendeiner Art und Weise überlegen? Sind diese ihnen in Rechten überlegen?

Die rechtliche Diskriminierung der Schwarzen in den USA auf Grund der Rasse und der Hautfarbe war unrecht. Die rechtliche Diskriminierung der Frauen auf Grund des Geschlechts war unrecht. Die rechtliche Diskriminierung der konfessionsungebundenen Bürger und Bürgerinnen auf Grund ihrer Weltanschauung ist unrecht und stellt ein grober Verstoß gegen Menschen- und Grundrechte dar.

Wir fordern unsere Rechte ein...

Vor über 52 Jahren hat Österreich die Europäische Menschenrechtskonvention ratifiziert. Vor bald 50 Jahren hat unser Land die Europäische Menschenrechtskonvention in ihre Verfassung aufgenommen.

Fünfzig Jahre des Wartens sind genug. Wir fordern ein Ende der Hierarchie der Rechte und des für die Konfessionsfreien rechtlosen Zustands. Wir fordern, dass die Grundtexte unserer Demokratie in diesem Bereich uneingeschränkt und bedingungslos umgesetzt werden.

Die Europäische Menschenrechtskonvention garantiert im Artikel 9 die Gedanken-, Gewissens- und Religionsfreiheit, unabhängig davon ob jemand eine religiöse oder philosophische Weltanschauung hat. Das was für Religionen gilt, muss ebenso für die Weltanschauungen gelten, nämlich gleiche Rechte und gleiche Freiheiten für alle – ohne Privilegierungen, ohne Diskriminierungen.

Im Artikel 14 der EMRK ist das Verbot der Benachteiligung verankert. Im Artikel 17 ist außerdem das Verbot des Missbrauchs der Rechte festgelegt. Niemand darf also auf Grund seiner Religion oder Weltanschauung seine Rechte so ausdehnen, dass dies zu einer Beschneidung der Grundrechte anderer führt.

Auch in der Charta der Grundrechte der Europäischen Union, die am 1. Dezember 2009 gemeinsam mit dem Inkrafttreten des Vertrags von Lissabon Rechtskraft erlangt hat, ist ebenso im Artikel 21 das Verbot der Diskriminierung verankert: »Diskriminierungen insbesondere wegen der Religion oder der Weltanschauung sind verboten.«.

Die Menschen- und Grundrechte sind universell, unveräußerlich und unteilbar. Sie können und dürfen weder zur Diskussion noch zur Disposition stehen.

Abschaffung der Anerkennung und der Privilegien der Religionen

Wir fordern die völlige rechtliche Gleichstellung aller Bürger und Bürgerinnen, ungeachtet ihrer Religion oder Weltanschauung. Dies kann nur über einen einzigen Weg führen: die Abschaffung des Systems der Anerkennung von Religionen und ebenfalls die Abschaffung aller Privilegien der Kirchen und Religionsgesellschaften. Der Staat anerkennt kein Geschlecht, keine Rasse, keine Hautfarbe, keine ethnische Gruppe. Die Anerkennung einer (oder mehrerer) Weltanschauungen – seien sie religiös oder nicht – ist daher menschenrechtswidrig und gänzlich unvereinbar mit den Prinzipien und der Ethik der Demokratie.

Wir fordern also die völlige Trennung zwischen dem Staat und den Religionen. Denn nur dann ist die Garantie gegeben, dass alle Bürger und Bürgerinnen über die gleichen Rechte und Freiheiten verfügen.

Autor: Philippe F. Lorre